

HANNOVERNEWS

Nr. 2/2019



OB-WAHL:
FDP TRIFFT VORAUSWAHL

Mayors for Future

Nachdem unser verehrter Oberbürgermeister Stefan Schostok, kaum sechs Jahre im Amt, vorzeitig resignierte, rückten die Zukunftsfragen der Landeshauptstadt verstärkt in den Fokus des öffentlichen Interesses. Sie verbanden sich naturgemäß mit der Frage der Nachfolge in diesem Amte. Erwartungsgemäß präsentierten zuerst die drei führenden Rathausfraktionen der demokratischen Mitte ihre Kandidaten: Die SPD, die CDU und die Grünen. Aus der Zivilgesellschaft meldete sich alsbald die Kulturmanagerin Iyabo Kaczmarek als unabhängige Kandidatin zu Wort. Auch Die Linke und die Piratenpartei entschlossen sich zur Kandidatur.

Die lokale Presse, aber auch der NDR und sogar die taz nahmen sich aus unterschiedlichen Perspektiven dieses Sextetts an. Es versteht sich, dass der Kandidat der SPD, Marc Hansmann, derzeit Encercity-Finanzvorstand, als früherer Kämmerer der Landeshauptstadt im Detail zum Zustand der Verwaltung und dem befragt wurde, was gemeinhin als Rathausaffäre bezeichnet wird. Dieses Thema war natürlich umgekehrt die Steilvorlage für den parteilosen Eckard Scholz, weiland im Vorstand von VW-Nutzfahrzeuge, den die Christdemokraten ins Feld schicken.

Farbmetrisch wird eine Farbe als Braun bezeichnet, wenn sie durch Abmischen von Rot mit Grün (Rötel) oder von Rot mit Grün und Schwarz (Umbra) entstanden ist. Wikipedia

Dass die „Grünen“ mit Belit Onay angetreten sind, setzt die Vertreter beider Parteien thematisch unter zentralen Druck. Zu deutlich sind die wachsenden grünen Wahlerfolge allerorten und die Signale von „Fridays for Future“, auch in Hannover!

Der Kandidat Scholz ist als „Automann“ da etwas in der Klemme, aber er erklärt der HAZ trotzig: „Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass die Grünen sagen, das Thema Umwelt ist unser Thema“. Denen hält er hingegen vor, dass hier bisher zu wenig für den Radverkehr getan worden sei. Er, der „Mobilität in den Genen“ habe, wolle das ändern. Großes Vorbild: Kopenhagen! City-Maut und autofreie Innenstadt? Da bleibt er sich und den Seinen aber treu: „Anreize“ statt „Einschränkungen“ und eben „Elektromobilität“.

Auch Marc Hansmann hat Umweltpläne. Sein „großer Wurf“: Ein Block im Kraftwerk Stöcken von Kohle auf Biomasse umstellen, das spart „mindestens 600 000 Tonnen CO₂“. Die Stadtbahn 10 soll bis zum Bismarckbahnhof und die 17 bis Hanomag fahren (natürlich nur, wenn die Region mitmacht).

Und Belit Onay selbst? Mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer fordert auch er, hofft aber bei dann notwendigen Einschränkungen für die „Autoliebhaber“ auf deren Einsichtsfähigkeit und die Gesprächsbereitschaft der Wirtschaft. Auch der ÖPNV muss wohl verbessert werden!

Alle drei Kandidaten haben aber ein gemeinsames Handicap: Es sind Männer! Hier steht besonders Belit Onay unter Rechtfertigungsdruck! Der taz erklärt er unumwunden: „Ich bin keine

Kandidatin, sondern ein Kandidat.“ Es habe sich eben keine Frau gefunden, aber er wolle für Frauen und Männer gleichermaßen Politik machen.

Auf Befragen überraschte der Kandidat Scholz die HAZ mit dem Satz, er sei „offen für den Genderstern“, wenngleich es derzeit „wirklich wichtigere Themen in Hannover“ gebe.

Und in der Tat: Wohnungsmangel, Schul- und Kitaprobleme, Kinderarmut! Zu Lösungen erhält der Zeitungsleser von den Kandidatinnen und Kandidaten wenig konkrete Auskünfte.

Die Partei Die Linke, zu deren Kernthemen eigentlich solche Fragen zählen, zeigte sich zunächst einmal stolz, mit Jessica Kaufen eine Frau aufgestellt zu haben. Auch deren Vorstellungen dazu sind aber höchst allgemein. Sie wünscht sich zwar „Hannover – eine Stadt für alle“, wie das zu verwirklichen sei, will sie aber noch „gemeinsam mit den Mitgliedern“ erarbeiten. Noch mehr im Allgemeinen bewegt sich Iyabo Kaczmarek. Selbstbewusst erklärte sie der HAZ: „Ich will Hannover besser machen. Und es ist wirklich Zeit, dass eine Frau antritt.“ Ein konkretes Programm bietet sie jedoch auch nicht. Sie will eben „mit den Menschen reden und ihnen zuhören, was sie anders haben wollen.“

Fast konspirativ gebärden sich die Piraten: Erst über ein kompliziertes Anmeldeverfahren gelangt man auf ihre Website. Dort erfährt man aber nur, was man eh schon weiß: Adam Wolf ist der Kandidat!

Ob sich bis zum Herbst aus diesem relativen Gleichklang guter Vorsätze noch Programme herausbilden werden, über die gestritten werden kann, wird sich weisen.

Ehe alles aber erst mal in den Dämmer Schlaf der Sommerhitze verfiel, sprang mit Joachim Wundrak ein hochdekoriertes Exgeneral der Luftwaffe wie ein Teufel aus dem Kasten der AfD. Seine Hauptziele: Solide Haushaltsführung und Sicherheit und Ordnung. Ordnung schaffen gehört zu den historischen Traditionen von Wunstorf, einem seiner wichtigsten Kommandos. Da steht, liebevoll restauriert, eine Ju52. Mit solchen Geräten hatte von dort aus die Legion Kondor 1936 bis 1939 in Spanien großflächig für Ordnung gesorgt.

Und dass so was nicht in die Mitte der Gesellschaft gehöre, sage niemand! Am 26. Juli machte die HAZ die Meldung seiner Kandidatur mit einem Bild auf, das ihn mit Ministerin von der Leyen und Staatsminister Hendrik Hoppenstedt ebendort zeigt.

corvus

Impressum:

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverband Region Hannover,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,
Telefon 0511-6620-14/-15, Telefax 0511-621294,
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.: Maren Kaminski,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Layout: datagraphis GmbH, Wiesbaden-Nordenstadt

Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K., Hannover

Die GEW HannoverNews erscheinen dreimal im Jahr. Auflage: 5200 Exemplare.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

corvus schreibt regelmäßig Kommentare zu aktuellen Fragen, besonders mit regionalem Bezug. Der Autor ist ständiges Mitglied der Redaktion.

Kommunaler Schulentwicklungsplan 2019* der Landeshauptstadt Hannover



Entspannung ist für die Schulträgerin auf lange Sicht nicht abzu-sehen. Dies wird im vorgelegten Schulentwicklungsplan 2019 u. a. durch die Bestandszahlen des vorherigen Schuljahres 2018/2019 dargestellt und in Prognosen für die kommenden Jahre bis 2028/29 fortgeschrieben.

Fehlende Plätze bis 2028/29 in den Jahrgängen 5 bis 10 werden vor allem durch einen starken Bevölkerungszuwachs begründet. „Insgesamt ist jahrgangsübergreifend im Vergleich zum aktuellen Schuljahr mit einem maximalen Zuwachs von 4787 Schüler*innen zu rechnen. Dies entspricht einem Plus von 19 Prozent“ – mit anderen Worten: Es besteht sofortiger Handlungsbedarf!

Zunehmend kommen die viel diskutierten Entwicklungen hinzu:

■ Überproportional gestiegene Anwahlquote von Gymnasien, gepaart mit der gesetzlichen Vorgabe, den gewählten Schulformwunsch zu ermöglichen

Insgesamt betrachtet kam es bislang nicht zum Notstand bei den Schulplätzen an den Gymnasien in Jahrgang 5. Angesichts der heranwachsenden Schülerzahl und das gleiche Anwahlverhalten voraussetzend, werden aber laut Prognose vor allem Schulplätze in Jahrgang 5, trotz des geplanten 18. Gymnasiums, fehlen (S. 17 bis 18).

■ Starker Schulformwechsel durch sogenannte Abschulung ab Klasse 6

Die „Aufwärts- als auch Abwärtsbewegungen“ bilden keinen aus-gelichenen Tausch von Schulformen ab. Es kommt zu einem ein-spürigen Wechsel von Gymnasien an Schulen mit sogenannten niedrigerem Anforderungsniveau. Im letzten Schuljahr verließen 87 Prozent mehr Schüler*innen das Gymnasium nach Klasse 5 als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Während zunächst in den fünften Klassen ein Versorgungsproblem an den Gymnasien ent-steht, verlagert es sich dann durch die hohe Zahl von Schulform-wechslern auf die übrigen Schulformen. Die Schulträgerin müsste demnach für eine beträchtliche Schüler*innenzahl faktisch dop-pelt Schulplätze vorhalten. An einer schwungvoll anmutenden

Grafik (S. 16) zum Schulformwech-sel vom Schuljahr 2017/18 und Be-ginn 2018/19 werden die Wechsel-ströme verdeutlicht. Dagegen ist die Schulrealität alles andere als schwungvoll: Während die IGSen und OBSen vorwiegend aufneh-mende Schulformen sind und die RSen eine Wechseldynamik von Aufnahme aus Gymnasien und Abgabe an IGSen und OBSen ver-zeichnen, ist das Gymnasium die einzige Schulform der weiterfüh-renden Schulen, die wesentlich mehr Schüler*innen abgibt als sie aufnimmt. Ein Phänomen mit unglaublich hohem Kostenfaktor, von dem die Mehrheit der Schüler*innen nicht profitiert. Es kommt durch die einseitige Schulwechsellmobilität zu einer sich stets verschärfenden Schief-lage an IGSen, OBSen und RSen be-züglich der Jahrgänge 6 bis 8 (vgl. S. 14 bis 16). Es fehlen Räume (+ Lehrkräfte) und die „gesunde“ Durchmischung der Schüler*in-nenschaft als Gelingensvoraussetzung für integrative/inklusive Beschulung wird ausgemerzt.

■ Umsetzung von G9 für eine gestiegene Schüler*innenzahl

Die verpflichtende Vorgabe G9 spitzt die Herausforderung für die wachsende Landeshauptstadt noch zu. Mit allen zur Ver-fügung stehenden Ressourcen wird ein sogenannter Masterplan abgearbeitet, zwar zunächst oftmals nur mit Containern, aber abschließend nach neuestem Standard – eine beneidenswerte Erfüllungspflicht hinsichtlich des sich hinziehenden Mangel-zustands bei den Ganztagsgrundschulen.

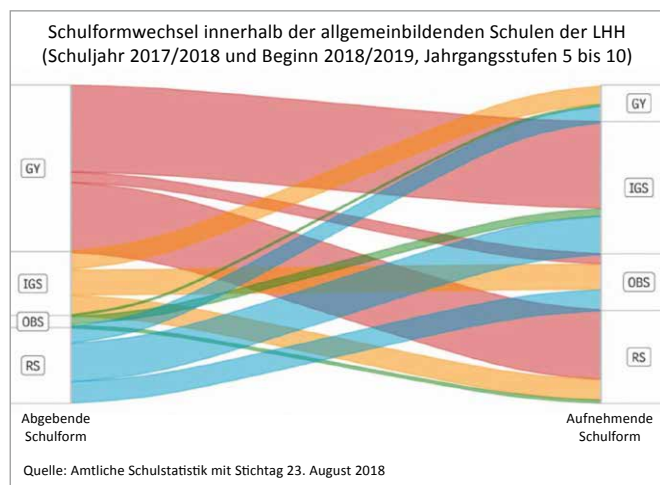
■ 32 Prozent Zunahme der Kinder mit SoPäd Unterstützungsbedarf

Durch Doppelzählung der Schüler*innen mit SoPäd Förderbedarf erhöht sich zwar der zahlenmäßige Bedarf an Schulplätzen, ist aber in Bezug auf die Gesamtzahl der Schüler*innen geringfügig. Für die Zunahme ist insbesondere ein ausgeprägter Anstieg im Bereich Lernen ursächlich: 57 Prozent entfallen auf diesen Schwerpunkt. Zum Stichtag 23. August 2018 war der meiste SoPäd Förderbedarf im Jahrgang 4 mit 315 SuS, gefolgt vom Jahrgang 7 mit 293 SuS. In der gymnasialen Oberstufe sind nur 8 (11. Jahrgang), 4 (12. Jahr-gang) und 2 SuS (13. Jahrgang) anzutreffen (vgl. S. 11 bis 13).

Auch wenn sich durch einen Schulentwicklungsplan nichts an der angespannten Schulrealität ändert, kann Positives abgewon-nen werden: Wachsende Herausforderungen werden jährlich durch detaillierte Zahlen und Grafiken belegt und können für Prognosen abgeleitet werden.

Ach ja – und bevor ich es vergesse: Die GS Wendlandstraße heißt nun GS Herrenhausen!

Susan Bartels de Pareja
Vertreterin der Lehrkräfte im Schul- und Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover



* der Schulentwicklungsplan 2019 kann über <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Bildung> heruntergeladen werden

Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Region Hannover

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes fand am 30. April im ContiHochhaus in Hannover statt. Der neue Versammlungsort, im 14. OG des Hauses, eröffnete der Versammlung schon einmal den notwendigen Weitblick über die Stadt – den man auch für das Hauptthema brauchte:

Das Zwei-Säulen-Modell – ist das ein tragfähiges Modell für die Schulentwicklung der weiterführenden Schulen in Hannover?

Dieses Thema beschäftigte den Kreisvorstand schon geraume Zeit, führte Susan Bartels de Pareja einfürend aus, und war auch schon Thema von Publikationen in den HANNOVERNEWS (s. 1/2019). Angesichts der offensichtlichen Orientierungslosigkeit der Ratsfraktionen, was die Richtung der hannoverschen Schulentwicklung angeht, ist eine Positionierung der GEW hier von besonderer Bedeutung.

Zunächst stellte Michael Bax, Schulleiter der IGS Leonore-Goldschmidt-Schule, wesentliche Arbeitsbedingungen und Problemfelder der „Säule Gesamtschulen“ in Hannover dar. Es gibt stark und weniger stark angewählte IGSen, manche werden von sehr wenigen gymnasial-empfohlenen Schüler*innen besucht. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung findet im Wesentlichen nur an diesen Schulen statt, kaum an Gymnasien. Insgesamt steigt die Zahl von Fördergutachten stetig an. IGSen sind massiv von den Abschlüssen seitens der Gymnasien betroffen, trotz fehlender freier Plätze in den höheren Jahrgängen müssen fortlaufend Schüler*innen aufgenommen werden.

Über die Aussagen von Michael Bax und über die Konsequenzen für die Ausgangsfrage wurde im weiteren Verlauf diskutiert. Die Situation besonders an der Oberschulen der Stadt, die trotz massiver pädagogischer Anstrengungen den Makel der „Restschulen“ nicht werden abstreifen können, ist eigentlich nicht verantwortlich; es ist natürlich leicht abzusehen, dass diese Schüler*innen im „Zwei-Säulen-Modell“ dann die Gesamtschulen besuchen würden, was die Situation dort noch verschärfen würde. Erforderlich wäre eine besondere Unterstützung der IGSen durch Stadt und Land, u. a. durch Ungleichheit der Versorgung. Eingewandt wurde hier, dass in Hamburg, wo diese Forderungen teilweise verwirklicht wurden, die Stadtteilschulen aus Sicht vieler Betroffener kein Erfolgsmodell darstellten.

Dem massiven Abschlüssen könnte durch Gründung von Realschulklassen begegnet werden; dies ist natürlich ein Politikum, das auf massive Widerstände treffen würde. Einig war man sich in der Forderung, dass sich Gymnasien auf den Weg machen müssen, zunehmend wirklich inklusiv und mit weniger Abschlüssen zu arbeiten. Hinsichtlich der Transparenz des Schulsystems und der Beratung und Entscheidungsfindung von Eltern und Kindern würde das Zwei-Säulen-Modell sicher eine Vereinfachung bieten.

Die Versammlung sprach sich ohne Gegenstimme für die Fortsetzung der Arbeit an diesem Themenkomplex aus, unter Einbeziehung der jeweiligen Fachgruppen. Auf der nächsten Mitgliederversammlung am 18. September 2019 soll das Thema „Zwei-Säulen-Modell“ erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Im Verlauf der Veranstaltung wurden weitere Arbeitsschwerpunkte angesprochen bzw. diskutiert. Die erfolgreiche Demonstration zu den GEW-Forderungen im vergangenen September war allen noch gut in Erinnerung; jetzt erschien es aber höchste Zeit zu sein, den Schwung nicht „verebben“ zu lassen, sondern durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen weiteren Druck aufzubauen. Der Aufruf des Landesvorstandes an die niedersächsischen Schulen, am 12./13. Juni Personalversammlungen zu organisieren, sollte diesem Ziel dienen, erforderte von den Untergliederungen aber erhebliche Anstrengungen bei Mobilisierung und Information.

Weitere Themen der MV waren die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zu Beginn des Jahres, die Unterstützung der Schule(Plus)-Schulen in Hannover und das Bündnis für die „Schule der Kulturhauptstadt“, in dem die GEW weiterhin als treibende Kraft mitarbeitet.

Unter dem TOP „Wahlen“ wurden die Delegierten des Kreises für die BDK und die LDK in diesem Jahr gewählt.

Für Jürgen Hein bei der Wahl zum stellvertretenden Schatzmeister des Kreises sprachen sich die Teilnehmer*innen einstimmig aus.

Birgit Furtner, langjährige Kreisvorsitzende des ehemaligen Kreisverbandes Hannover-Stadt und Schriftführerin seit der Gründung des Regionsverbandes, hatte ihr Ausscheiden aus dem Kreisverband bereits längerfristig angekündigt. Für ihre zuverlässige, umfangreiche und gewissenhafte Arbeit wurde ihr herzlich gedankt. Seit dem neuen Schuljahr hat sie die Leitung einer Grundschule in Hildesheim übernommen. Der Kreisvorsitzende Dieter Räger kündigte an, im nächsten Frühjahr nicht erneut für dieses Amt zu kandidieren.

Eine große Zahl von Versammlungsteilnehmer*innen wählte nach Abschluss der Veranstaltung den kurzen Weg zur IG BCE-Zentrale, wo – ein Novum in diesem Jahr – das kulturelle Vorabendprogramm zum 1. Mai stattfand.

Dieter Räger
Kreisvorsitzender der GEW Region Hannover



Wem um die Sache zu tun ist

Gedanken zu meinem silbernen GEW-Jubiläum

Wenn mensch seit 25 Jahren Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist, dann erscheint sein Name in der „EuW“; mensch wird zudem mit Gewerkschaftsnadel und Urkunde geehrt. Auf diese Weise erfährt mensch Wertschätzung und den Zusammenhalt der Organisation. Das ist fraglos wichtig. Doch um Teil der Gewerkschaft zu werden und zu bleiben, sich gar in ihr zu engagieren, bedarf es sicherlich noch anderer Gründe. Von daher mag das silberne Gewerkschaftsjubiläum auch ein Anlass sein, um darüber nachzudenken, was einen in diese Organisation brachte, was mensch mit ihr verbindet und was mensch sich von ihr wünscht. In diesem Sinne ist dieser kleine Beitrag gedacht, der meine ganz persönlichen Gedanken angesichts der Jubilar*innenehrung der GEW Region Hannover zusammenfasst und vielleicht der einen oder dem anderen die Gelegenheit gibt, sich in ihm wiederzufinden.

Als ich im Sommer 1994 mein Abitur in der Tasche hatte und mich aufmachte ein Lehramtsstudium zu beginnen, hatte ich bereits etliche Jahre Erfahrungen in der Schüler*innenvertretung gesammelt. Gelernt hatte ich dort, dass es sinnvoll ist, gemeinsame Interessen gemeinsam zu vertreten und notwendige Auseinandersetzungen solidarisch zu bestehen. Es lag daher für mich auf der Hand, dass ich als Student selbstverständlich GEW-Mitglied werden würde. Großartig war, dass es zu diesem Zeitpunkt eine aktive GEW-Studierendengruppe an der Universität Hannover gab, die in einer wichtigen Zeit meine politische



Kinderzirkus im Rahmen des GEW-Sommerfestes

Heimat wurde. Dort ging ich meine ersten Schritte in der Hochschulpolitik. Über die GEW-Studierendengruppe kam ich auch ins Hochschulinformationsbüro der DGB-Gewerkschaften, lernte die Zusammenhänge des Sozial- und BAföG-Rechts kennen und konnte meine Kenntnisse in der Beratung weitergeben. Vor allem aber erfuhr ich mit den Kolleginnen und Kollegen erneut die Kraft, die durch kollektive politische Praxis entstehen kann.

Es war dieses Wissen, das uns damals bei einem Flugblatt zur Unterstützung der basisdemokratischen Fachschaftsstrukturen an der Universität auf ein Zitat von Johann Wolfgang Goethe zurückgreifen ließ. In seiner Einleitung für die Zeitschrift „Propyläen“ formulierte der Geheimrat nämlich im Jahre 1798: „Wem um die Sache zu thun ist, der muß Parthey zu nehmen



Fotos: Reinhold Weismann-Kieser

Meike und Florian Grams auf dem GEW-Sommerfest

wissen, sonst verdient er nirgends zu wirken.“¹ In dieser Haltung fanden wir uns wieder, denn wir wollten wirken und verändern, wollten Partei ergreifen für emanzipatorische Bildung und eine solidarische Gesellschaft. Von daher drückte – und drückt – dieses Zitat auch eine politische Haltung aus.

Nach dem Studium begann ich mein Referendariat an einer Schule, an der die GEW kaum präsent war. Dieser Umstand erleichterte mir diese Zeit nicht. Umso wichtiger wurden die Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich gewerkschaftliche Positionen teilte. Stellvertretend für diese Menschen sei an dieser Stelle mein damaliger GEW-Vertrauensmann Peter Lilje genannt.

Nach dem Referendariat stand fest, dass ich nicht weiterhin in Schule arbeiten würde. Die berufliche Veränderung erschwerte auch konkretes Engagement in der GEW. Ich blieb trotzdem Mitglied, denn ich bin froh, mich mit meiner Gewerkschaft in zentralen Fragen einig zu wissen. So teile ich etwa die bildungspolitischen Forderungen nach der einen Schule für alle, die zugleich eine Schule des Friedens zu sein hat, denn in ihr ist kein Platz für Rekrutierungsversuche der Bundeswehr. Ebenso leidenschaftlich unterstütze ich das gesellschaftspolitische Engagement der GEW für Inklusion, die weit über die Schulen hinausgehen muss, für die internationale Solidarität sowie gegen alte und neue Faschist*innen.

Inzwischen bin ich zudem wieder näher dran an der Praxis der GEW, denn meine Frau und Lieblingskollegin ist auf vielen Ebenen unserer Gewerkschaft aktiv. Aus dieser Perspektive erlebe ich die GEW – etwa in Tarifaueinandersetzungen – als engagierte, kämpferische und solidarische Organisation.

Genau an dieser Stelle schließt sich so der Kreis: Wem um die Sache – um Lehrende, Lernende, Erziehende, Begleitende, Forschende, um Kinder und Jugendliche, um Kolleginnen und Kollegen, um Menschen – zu tun ist, der muss Partei zu nehmen wissen! Dafür ist unsere GEW-Gewerkschaft kein schlechter Ort. Darum bin ich seit 25 Jahren Kollege und werde es auch weiterhin sein.

Florian Grams

¹ Goethe, Johann Wolfgang: Einleitung. In: Ders. (Hg.): Propyläen – Eine periodische Schrift. Tübingen 1798.

Hannover hat eine weitere „Fairtrade Schule“

„Fairtrade-Schools“ ist eine internationale Kampagne von TransFair e.V. in Köln, der gleichzeitig Träger der Fairtrade-Kampagne in Deutschland ist. Mit den „Fairtrade-Schools“ wird die Idee des „Fairen Handels“ weiterverbreitet. Gleichzeitig bietet das Zertifikat den Schulen die Möglichkeit, ihr Engagement für eine gerechtere Welt besser nach außen zu tragen. „Fairtrade-Produkte“ werden umweltgerecht und klimafreundlich hergestellt und es wird garantiert, dass sie ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden, Arbeiter*innen gute Arbeitsbedingungen haben und gerecht entlohnt werden. Die Kampagne „Fairtrade-Schools“ gibt es seit 2012. In Deutschland gibt es mittlerweile 568 „Fairtrade-Schools“ und in Niedersachsen 32, davon in Hannover: IGS Roderbruch, Gymnasium Limmer, Dietrich-Bonhoeffer-Realschule, Wilhelm-Schade-Förderschule, Berufsbildende Schule Handel und Freie Waldorfschule Hannover. Im Februar 2019 überreichte Sabine Tegtmeier-Dette, Erste Stadträtin und



Schüler*innen der Fairtrade-AG am Banana-Fair-Day

Wirtschafts- und Umweltdezernentin der Landeshauptstadt Hannover, das Zertifikat an Jugendliche der Leonore-Goldschmidt-Schule, sodass es in Hannover nun acht „Fairtrade-Schulen“ gibt.

Werner Fink fragte für HANNOVERNEWS:

► *Warum hat die Leonore-Goldschmidt-Schule (IGS-Mühlenberg) diese Auszeichnung erhalten?*

Michael Bax (Schulleiter): Geehrt wurde damit unser herausragendes Engagement zur Förderung globaler Gerechtigkeit, eines nachhaltigen Konsums und des „Fairen Handels“. Um als Fairtrade-School anerkannt zu werden, musste unsere Schule fünf Kriterien erfüllen: Es muss sich zunächst ein Fairtrade-Schulteam unter der Beteiligung von Schüler*innen, Eltern und Lehrern bilden. Dieses Schulteam verfasst einen Fairtrade-Kompass, der die Ziele der Kampagne festhält. Voraussetzung ist weiter, dass faire Produkte in der Schule erhältlich sind. Bei uns verkauft z. B. das Bistro fair gehandelte Produkte und in den Lehrerzimmern stehen Verkaufstische mit Fairtrade-Waren. Ferner muss der faire Handel im Unterricht aufgegriffen werden. Hierzu haben wir die schulinternen Lernpläne verändert, um sicherzustellen, dass die Schüler*innen im Unterricht verschiedener Fächer immer wieder in Berührung mit diesem Thema kommen. Schließlich sind auch regelmäßige Schulaktionen Voraussetzung für eine Zertifizierung. So werden an unserer Schule beispielsweise vor Weihnachten fair gehandelte Nikoläuse verteilt oder zum Valentinstag faire Rosen. Während der Fairen Woche machen die Schüler*innen mit lustigen Aktionen auf Nachhaltigkeitsthemen aufmerksam.

► *Wie begann es und wer sind die Akteure an Ihrer Schule heute?* Hauptakteure sind die Schüler*innen des Schulteams, das sich auf Anregung der Lehrkräfte Erik Breves und Sabine Nowak

Ein Projekt der Falken Hannovers:

Erinnerung an Orli Wald

Orli Wald – genannt der Engel von Auschwitz – wurde auf dem Engesoder Friedhof begraben. Mit vielen anderen hat die bescheidene Grabstätte den Rang eines Ehrengrabes. An sie erinnert auch die Orli-Wald-Allee, die am Friedhof entlang führt.

Seit 15 Jahren gedenkt gedenkt die Sozialistische Jugend, die Falken Hannovers, dieser Frau gemeinsam mit der Otto-Brenner-Stiftung am Internationalen Frauentag. Alle fünf Jahre, zuletzt am 1. Juli 2019 zu ihrem 105. Geburtstag, gestaltet sie mit dem Amt für Erinnerungskultur der Landeshauptstadt eine weitere Gedenkfeier.

Wie kam diese Jugendorganisation aber zu diesem Engagement für Orli Wald? Hier gelangt man direkt zu Egon Kuhn, einem zentralen Pfeiler der Geschichtsarbeit in Hannover. Die meisten von uns kennen das Freizeitheim Linden, weniger aber werden sich erinnern, dass Egon Kuhn ab 1965 siebenundzwanzig Jahre lang diese Modelleinrichtung leitete und noch weniger werden es



sein, die in den Kellerräumen der Windheimstraße 4 seine „Geschichtswerkstatt“ je von innen gesehen haben. Zu Beginn seines „Ruhestands“ rief er die Otto-Brenner-Akademie ins Leben, der er selbst noch viele Jahre vorstand. Egon Kuhn verstarb am 23. Janu-

gebildet hat und mittlerweile im hohen Maße eigeninitiativ arbeitet. Die Leitung des Teams hat Kim Wibbelhoff, Schülerin des 12. Jahrgangs, übernommen. Sie koordiniert alle Aktivitäten und sorgt zusammen mit den Lehrkräften für einen erkennbaren „roten Faden“.

► *Was planen Sie für die Zukunft? Haben Sie vor, ihr Engagement für eine „nachhaltige Zukunft“ auszubauen?*

Wir sind dabei, die Fairtrade-School und die anderen Profile und Projekte der Schule (z. B. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Europaschule, Umweltschule in Europa, Berufswahl- und Ausbildungsfreundliche Schule, Energie-LAB, BioLAB, Fahrradwerkstatt usw.) in ein größeres gesamtschulisches Konzept einzubetten, das sich der Verwirklichung der Ziele der globalen Entwicklung verschrieben hat. In diesem Zusammenhang haben wir zum Beispiel für jedes Entwicklungsziel eine Informationstafel aufgehängt. Eine „17-Ziele-Rallye“ soll schon bald durch die Schule führen und die verschiedenen Stationen erlebbar machen.

► *„Fridays for Future“, überraschend wächst eine kritische Jugend heran. Müsste an Schule grundsätzlich mehr für Umweltbildung getan werden?*

Grundsätzlich müsste an den Schulen mehr für den Bereich Umweltbildung getan werden. Vor allem die Unterstützung bei der Entwicklung einer selbstkritischen Haltung gegenüber dem eigenen ökologischen Fußabdruck ist wichtig. An der Leonore-Goldschmidt-Schule hat die Umweltbildung eine lange Tradition (...).

► *Woher nehmen Lehrer*innen die Zeit für ihre Umwelt-Arbeit?*

Die Mitarbeit im Schulteam geschieht aus Eigeninitiative und Begeisterung für die Sache. Die Schule unterstützt die Tätigkeit



*Erste Stadträtin Tegtmeier-Dette und Schüler*innen bei der Verleihung der Auszeichnung zur Fairtrade-Schule*

mit einer Anrechnungsstunde für die Koordination der Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

► *Was wünschen Sie sich für ihre Schule in Bezug auf nachhaltige Entwicklung?*

Kim Wibbelhoff, Schülerin des 12. Jahrgangs und Sprecherin des Fairtrade-Schulteams: Als Schulteam wünschen wir uns, dass unsere Schule weiterhin ihre Ziele so zielstrebig verfolgt. Der von uns erstellte Kompass, durch den der faire Handel auch in jedem Jahrgang fest in unserem Schulprogramm integriert ist, hilft uns zudem unser Ziel zu erreichen, dass alle Schüler*innen,

aber auch Lehrer*innen sich fair-antwortlich in ihrem Alltag fühlen und entsprechend handeln. Mit jeder Entscheidung, die wir treffen – so klein sie auch sein mag –, können wir andere Leben fair-bessern und unsere Zukunft in die richtige Richtung lenken.

Das Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro der Landeshauptstadt Hannover übernimmt im Stadtgebiet Hannover die Koordination der Kampagne „Fairtrade-Schools“ und arbeitet eng mit TransFair e.V. zusammen. Dieses gibt im Rahmen seiner Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung Unterstützung bei der Erfüllung der Kriterien im Rahmen des Zertifizierungsprozesses. Schulen, die Interesse am Zertifikat „Fairtrade-School“ haben, können sich an das Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro wenden: (05 11) 168 - 46596 oder agenda21@hannover-stadt.de. Informationen zur Zertifizierung und den Kriterien gibt es im Internet unter www.fairtrade-schools.de

ar 2019 mit 92 Jahren. Er war es, der sich auf Spurensuche über Orli Wald begab und dann vor 15 Jahren die Falken aufforderte, die Patenschaft für ihr Grab zu übernehmen, eine Verpflichtung die gerne angenommen wurde.

Orli Wald, ihr Schicksal spiegelt die ganzen Schrecken der deutschen Geschichte von 1914 bis 1945, aber auch den Umgang damit in den Jahren danach! Geboren wurde sie 1914 als Aurelia Torgau bei Maubeuge in Nordfrankreich in eine deutsch-französische Arbeiterfamilie, die mit Beginn des Krieges als feindliche Ausländer interniert und dann nach Trier ausgewiesen wurde. Früh engagierten sich der Vater und zwei Brüder dort in der KPD. Orli machte nach dem Schulabschluss eine Lehre als Verkäuferin und organisierte sich im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD). Nach 1933 arbeitete sie im Widerstand und geriet bald auch in den Fokus der Gestapo. 1935 heiratete sie den ehemaligen KJVD-Genossen Fritz Reichert, der jedoch bald die Farbe wechselte und sie wohl auch denunzierte. Sie wurde 1936 verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. 1939 wurde sie von Reichert geschieden, sein Name blieb aber an ihr als Häftlingsname kleben. Nach Haftverbüßung kam sie 1940 nach Ravensbrück. Das Angebot auf Freiheit gegen Belastung eines luxemburgischen Genossen schlug sie aus! Im März 1942 wurde sie mit fast 1000 anderen Frauen

nach Auschwitz transportiert und kam nach einer Fleckfieberinfektion im Winter 1942/43 in den dortigen Krankenblock. Hier erlebte sie als Blockälteste die ganzen Gräueltaten der verbrecherischen Nazimediziner um Josef Mengele. Aktiv im deutschen Lagerwiderstand rettete sie unter Lebensgefahr zahlreiche Häftlinge. Daher ihr Ehrenname „Engel von Auschwitz“. Sie überlebte 1945 den Todesmarsch von Auschwitz nach Ravensbrück, wo ihr schließlich die Flucht gelang. Sie trat nach der Befreiung in der SBZ der SED bei. In einem Sanatorium lernte sie Eduard Wald kennen, einen Schwager von Otto Brenner und Widerstandskämpfer wie sie. Sie heirateten 1947 und zogen, in Widerspruch zur Politik der SED geraten, nach Hannover. Dort traten sie der SPD bei.

Ihr Leiden unter den traumatischen Erlebnissen in Auschwitz führte immer wieder zu Behandlungen in psychiatrischen Kliniken. Bei der Vorbereitung des Frankfurter Auschwitzprozesses arbeitete sie unter schwersten psychischen Belastungen die ihr vorgelegten Namenslisten durch. Mit Beginn des Eichmannprozesses kollabiert sie seelisch und verstarb am 1. Januar 1962 in den Warendorfer Anstalten in Ilten wohl an einer Medikamentenüberdosis.

Orlis Schicksal geriet bald in Vergessenheit. Erst Egon Kuhn brachte es wieder in das öffentliche Bewusstsein. 2007 wurde die Alte Döhrener Straße vor dem Friedhof ihr gewidmet.

Reinhold Weismann-Kieser

Europa: sozial, ökologisch, demokratisch, aber wie?

Die Senior*innen des GEW Kreisverbandes Region Hannover hatten anlässlich der Europawahl Ute Scheub, promovierte Politikwissenschaftlerin, eingeladen. Die Mitgründerin der taz, heute freie Journalistin und Buchautorin, sprach über ihr Buch „Europa – die unvollendete Demokratie – Eine Vision für die EU“ (München 2019), das Lehrer*innen und Schüler*innen kostenlos erhalten können und im Internet zum Herunterladen zur Verfügung steht. Den Zuhörer*innen wurde durch eine sehr lebhaft und präsent Ute Scheub die Geschichte Europas, einschließlich der Konstruktionsfehler der EU, erläutert, um schließlich Möglichkeiten einer neuen Architektur Europas vorzustellen: „Woran denken Sie beim Begriff ‚europäisches Haus‘? An eine abbruchreife Hütte? Ein eisglattes Verwaltungsgebäude? Eine uneinnehmbare Festung mit Stacheldraht, Videokameras und Wachschutz? Oder an ein vielgestaltiges offenes Bauwerk mit vielen schnuckeligen Wohnungen für die unterschiedlichen Menschen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse?“ Scheub gab Antworten und skizzierte Visionen, an denen sich die Entwicklung Europas ausrichten könnte, um Erstarrung und Zerschlagung des Projekts EUROPA zu verhindern.

Sie deutete kurz an, dass ihr Vater Nationalsozialist war. Die Recherche zeigte, dass er sich vor zweitausend Menschen auf dem Kirchentag 1969 mit Zyankali umbrachte, und dabei stammelte: „Ich provoziere jetzt und grüße meine Kameraden von der SS.“ Dies geschah vor den Augen von Günther Grass, der im „Tagebuch einer Schnecke“ darauf eingeht. Ute Scheub begibt sich in ihrem Buch, „Das falsche Leben“ (München

2006), 35 Jahre später auf ihre „Vatersuche“, als sie zufällig eine Kiste mit Texten und Briefen ihres Vaters auf einem Dachboden entdeckt, der ihren Erkenntnisweg bis hin zu den Kindheitserfahrungen des Vaters öffnet, die eine Form autoritärer Charakterbildung aufzeigen. Der/die Leser*in ihres Buches erfährt, wie sie mit den gefundenen „Dokumenten“ umgeht, wie sie sie historisch detailliert einordnet und interpretiert. Gleichsam mit psychoanalytischer Unterstützung wird der qualvolle Hass gegenüber ihrem Vater gedämpft und erträglich gemacht, wobei der Zorn auf den unverbesserlichen Nationalsozialisten „riesig“ bleibt, bedingt durch das, was er den Opfern angetan hat. Zugleich entsteht aber auch Mitgefühl gegenüber ihrem Vater, als „eine(m), der nie Liebe erfuhr, der schon als Kind die Einsamkeit erlernte“, und glaubte, diese in „Kameradschaft“ und „Rassezugehörigkeit“ zu überwinden. Im Nachwort wird dann die familiäre Ebene verlassen, um Bezüge zu den Möglichkeiten gesellschaftlicher und politischer Versöhnungsprozesse u. a. am Beispiel Südafrikas (N. Mandela) herzustellen.

Angesichts zunehmendem Rechtsradikalismus gewinnt „Das falsche Leben“ neue Aktualität, zumal wuchernde völkisch-nationale Gesinnungen das Friedensprojekt „Europa“ gefährden. Auszüge aus beiden Büchern sind deshalb für ältere Schüler*innen sehr zur Reflexion geeignet.

Werner Fink
Vorsitzender der Fachgruppe Senior*innen
der GEW Region Hannover

Einladung zur Mitgliederversammlung der GEW Region Hannover

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wir möchten Dich zur Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Region Hannover einladen.

Sie findet am **Mittwoch, 18. September 2019 in der Zeit von 17 bis 20 Uhr** im Freizeithaus Vahrenwald, Vahrenwalder Straße 92 in 30165 Hannover, statt.

Folgende vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Begrüßung, Wahl einer Versammlungsleitung
2. Beschluss über die Tagesordnung und die Geschäftsordnung
3. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
4. **Das Zwei-Säulen-Modell für Hannover?**
Wir setzen die Diskussion der vergangenen Mitgliederversammlung darüber fort, ob das Nebeneinander von Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien als einzige Schulformen der weiterführenden Schulen in der Landeshauptstadt höhere Bildungs- und Teilhabechancen einlösen kann. Das wollen wir mit Vertreter*innen der Fachgruppen diskutieren.
5. Anträge
6. Wahl einer Schriftführerin/eines Schriftführers
7. Berichte des Kreisvorstandes
8. Termine

Alle Unterlagen für die Mitgliederversammlung werden unter <http://gew-hannover.de/index.php/termine-veranstaltungen> eingestellt.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen,
Dieter Räger und Harald Haupt, Kreisvorsitzende der GEW Region Hannover

